

Protokoll Runder Tisch gegen Gentrifizierung (RTgG) am 13. Oktober 2015

Anwesend: 10 Personen, Moderation: Rainer B. , Protokoll: Ewald Z.

TOPs:

1. Berichte aus Häusern
2. Gespräch mit Erika H.
3. Mieten-Volksentscheid
4. Verschiedenes

1. Berichte aus Häusern

Beusselstraße 52: Ein Mieter berichtet, vor wenigen Tagen seien ohne ersichtlichen Grund alle Briefkästen ausgetauscht und hinterher geradezu willkürlich beschriftet worden. Diese sinnfreie Maßnahme werde von den verbliebenen Mieter*innen als reine Schikane angesehen. Der auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes begehrte Einsicht in die Brandschutzprüfberichte sowohl für die Beusselstr. 52 als auch 43 sehe man mit großer Erwartung entgegen, da es nicht mit rechten Dingen zugegangen sein könne.

Oldenburger Straße 42-43: Eine aktive Mieterin hat schriftlich berichtet, dass sie im September ausgezogen sei. Zeitgleich mit ihr seien noch zwei weitere Mietparteien ausgezogen. Das Hinterhaus stehe nunmehr leer. Im Haus Oldenburger Str. 42a sei nur noch eine Partei, die aber auch zum März 2016 gehen müsse und dringend eine bezahlbare Wohnung in Moabit suche (Frage: weiß jemand was?). Im Haus Oldenburger Str. 42b wohne noch eine über 80jährige Dame. Im Haus Oldenburger Str. 43 wohnten beim Auszug der aktiven Mieterin noch sieben Parteien, jetzt, zwei Wochen später, sei auch die Ladenwohnung im EG (wo einst der Kinderladen drin war) leer und von einer der übrigen Familien wisse sie, dass sie bis Dezember 2015 weg sein wolle. Obwohl die Mieter*innen lange Zeit gekämpft hätten, komme es ihr jetzt so vor, als sei alles erschreckend schnell gegangen.

2. Gespräch mit Erika H.

Für ihre Zusammenkunft im Oktober 2015 haben die Teilnehmer*innen am RTgG als Gast eine vormalige Mitarbeiterin einer in Berlin ansässigen Mieterberatungsgesellschaft (ASUM-Sozialforschung und urbanes Management) zum Meinungsaustausch geladen. Frau Erika H. war für das Land Berlin und den Bezirk Tiergarten in Moabit rund um die Stadtentwicklung, den Stadtumbau und die Wohnraumversorgung tätig. Während ihrer aktiven Zeit hatte sie einerseits engen Kontakt mit den amtlichen Stellen, aber vor allem mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils, deren Wohnungen mit Hilfe öffentlicher Förderung umfassend saniert wurden bzw. denen neuer Wohnraum zur Verfügung gestellt wurde.

Frau H. berichtet eingangs in einem ersten Teil von den Anfängen der Stadterneuerung in den 1960er Jahren über die Ausformung in den folgenden Jahrzehnten bis zur Deutschen Einheit 1990. Als Zeitzeugin stellt sie die damaligen politischen Ansätze, Programme und Instrumente, die Verantwortlichen, Ausführenden, Betroffenen und Profiteure dar. In den Jahren sei es im Wesentlichen darum gegangen, die Folgen des II. Weltkriegs zu beseitigen und zu einer modernen sozialen Wohnraumversorgung zu gelangen, die der Maxime Licht, Luft, Raum, Hygiene gefolgt sei. Zentral sei dabei gewesen, mit dem überwiegend beschädigten, in die Jahre gekommenen sowie vernachlässigten Wohnraum im Bestand zielgerichtet umzugehen. Hierzu habe es über die Jahre hinweg je nach finanzieller Lage des Landes Berlin verschiedene Ansätze gegeben. Dem Zeitgeist und der politischen Lage entsprechend sei es den staatlichen Akteuren zunächst darum gegangen, die jeweiligen Pläne ohne eine nennenswerte Beteiligung der Bewohnerschaft und so wenig Widerstand wie

möglich anzugehen. Modernisierung, Freimachung, Abriss, Neubau, Umsetzung der Bewohnerschaft sowie Urbanität im Sinne von autogerechter Stadt seien Schlagworte gewesen, die die Konzepte der damaligen Zeit geprägt hätten. Ein wesentliches Merkmal der staatlichen Rolle sei gewesen, in der Regel nicht selbst zu agieren, sondern mittels landeseigener Gesellschaften, direkter Förderung des privaten Sektors sowie Gewährung von (mitunter enormen) Abschreibungsmöglichkeiten für Investoren, die Stadtentwicklung voranzutreiben. Zwar seien die Maßnahmen, Programme und Instrumente immer von einer zeitlich begrenzten Dauer und Wirkung geprägt gewesen, es sei mit ihnen aber dennoch gelungen, die Qualität der Wohnraumversorgung und öffentlichen Infrastruktur in international vergleichbarem Maßstab in angemessener Zeit zu heben. Auch eine sozial weitgehend ausgewogene Mischung der Bewohnerschaft, die so genannte Berliner Mischung, sei erreicht worden und die traditionelle Ausprägung von dezentralen Stadtteilen und Kiezen statt eines dominierenden Zentrums bewahrt worden. Frau H. betont, all das sei in der Regel „von oben“ intendiert gewesen und habe darauf abgezielt, verbesserte Wohnverhältnisse für diejenigen zu schaffen, die es „verdient“ hätten. In dieser Ausprägung habe sich der Ansatz vor Ort oftmals dem (erbitterten) Widerstand der Bevölkerung ausgesetzt gesehen. Für die Feinjustierung seinen Einrichtungen wir ihr damaliges Büro zum Einsatz gekommen. Dabei sei es auch darum gegangen, Migrationsströme zu berücksichtigen, ein Wachstum der Stadt zu erreichen und für ausreichend Arbeit zu sorgen. Aus heutiger Sicht sei in der Regel wenig bedacht worden, die Effizienz all dessen und die finanziellen Auswirkungen im Blick zu haben. Bei den Aktivitäten ihres damaligen Arbeitgebers sei die Arbeit rund um die Wohnraumversorgung und die Situation der Bewohnerschaft im Mittelpunkt gestanden.

Im zweiten Teil ihres Berichts erläuterte Frau H., dass sich die Stadtentwicklung mit dem Hinzukommen des vormaligen Ostteils der Stadt völlig neuen und anderen Herausforderungen gegenüber gesehen habe. Nach 1990 seien zwar ähnlich benannte Programme, Maßnahmen und Instrumente wie zu Westberliner Zeiten im Raum gewesen, sie hätten aber eine andere Ausrichtung erfahren, auch weil Berlin Bundeshauptstadt geworden sei. Die neue Nähe zum Sitz des Parlaments und der Bundesregierung habe für Moabit neue Vorzeichen mit sich gebracht. Während vormals Programme zur Wohnungsmodernisierung wie „Lamod“, „ModInstRL“ usw. an den einzelnen Häusern und den Menschen angesetzt hätten, sei es nunmehr um das Wohnumfeld, die Aufwertung der Kieze und die „Stärkung von Nachbarschaften“ mit dem Programm „Soziale Stadt“ (Quartiersmanagement) gegangen. Häuserblocks, Straßenzüge und Quartiere seien nunmehr in den Fokus der städtebaulichen Aktivitäten gerückt, wobei die Politik aber auch verstärkt auf „den Markt“ gesetzt habe, der es im mehr oder weniger freien Spiel der Kräfte haben richten sollen. Im Vertrauen darauf seien nicht gerade wenige Wohnungsbestände dem Markt überlassen worden, um vordergründig die Haushaltslage des Landes Berlin zu sanieren. Im Auf- und Ab der Stadterneuerung und dem sozialen Wohnungsbau begangene Fehler seien dadurch allerdings nicht ausgemerzt, sondern eher noch verstetigt und perpetuiert worden. Auch in dieser Phase habe sie aktiv in Moabit gewirkt und die sich bis heute fortsetzende Entwicklung miterlebt. Dabei hätten unter anderen auch Maßnahmen wie Milieuschutz eine Rolle gespielt (Stephankiez). Den Charakter der Erhaltung habe man in dieser Zeit anders definiert als heute, wo mit dem Begriff andere Standards und weitere Spielräume gelten würden. Der dritte Teil des Gesprächs mit Frau H. steht ganz im Zeichen der aktuellen Entwicklung. Frau H. skizziert die geänderten Vorzeichen, unter denen Soziale Stadt und andere Programme heute agieren, indem sie sich vermehrt um das Wohnumfeld kümmern. Modernisierung und energetische Sanierung stünden unter völlig anderen Vorzeichen als vormals, weil einerseits der rechtliche Rahmen (Mietrecht, Planungsrecht und Baurecht) sich komplett gewandelt habe, andererseits aber auch die finanziellen Bedingungen sowie globale Aspekte durchschlugen. Gerade deshalb sei es nach wie vor unabdingbar, dass kritische Bürgerinnen

und Bürger den Prozess der Stadtentwicklung begleiten und sich einbringen. Dies gelte für Maßnahmen auf allen einschlägigen Ebenen, dem einzelnen Haus, dem Straßenzug, Kiez und Stadtteil sowie ggf. darüber hinaus. Vor diesem Hintergrund auf den Berliner Mietenvolksentscheid angesprochen, bei dem sich der RTgG aktiv eingebracht hat, bestätigt Frau H. die Einschätzung von Andrej Holm auf seinem Gentrification-Blog, dass der Mieten-VE es immerhin geschafft habe - wie auch immer - eine "gewisse" Neuausrichtung der Wohnungspolitik des Senats zu erreichen, indem dieser zusammen mit der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus einen eigenständigen Gesetzentwurf (GE) auf den Weg gebracht hat, der nicht gerade wenige Forderungen des ursprünglichen GE des Mieten-VE aufgreife. Das sei auch in der Öffentlichkeit als Erfolg des Mieten-VE angekommen. Ob man intern nun das Glas als halbvoll oder halbleer (Zitat Andrej Holm) ansehe, sei unerheblich. Ebenso die Diskussion über Sollbruchstellen im ursprünglichen GE des Mieten-VE, was nach wie vor in einigen Kreisen strittig analysiert werde. Sie sieht es als wichtig an, den GE der SPD nun auf der Zielgeraden und vor allem in der Umsetzung kritisch zu begleiten, denn schon oft habe der Senat den Mund sehr voll genommen. In der Umsetzung mit den Bezirken man dann aber gekuscht und es sei ein Programm nach dem anderen aufgelegt worden (LaMod, Kombi, ZIP usw.), um die Lage einigermaßen in den Griff zu bekommen. Insofern sei es wenig hilfreich, bereits über neue Volksentscheide zum Mietenthema nachzudenken, denn das komme unnötigem Aktivismus gleich, wenn der Ansatz der SPD noch nicht komplett umgesetzt sei. Diese Umsetzung zu begleiten und mit kritischer Öffentlichkeitsarbeit zu unterlegen, sei eine große Herausforderung. Zudem gebe es Baustellen im bundesweit geltenden Mietrecht, wie energetische Sanierung, Modernisierung, Mietpreisbremse und andere, die angegangen werden müssten. Das Engagement von Initiativen und deren stadtweite Zusammenarbeit auch mit den Mietervereinen seien enorm wichtig, zumal sie gemeinsam Unterschriften gesammelt hätten und insofern auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen worden seien. Die Initiativen müssten ihre lokale oder regionale Arbeit forcieren, denn der Druck durch Investoren aus aller Welt werde zunehmen und der Rest an staatlicher Einflussnahme unter noch mehr neoliberalen Druck geraten. Das gelte insbesondere auch für die Bezirksebene, wo die Mietpolitik ein Instrument unter vielen sei und die Kombination und Anwendung dieser erheblich sei. Sie sei gerade in Nordeuropa unterwegs gewesen und habe mit dortigen Stadtentwicklern gesprochen, die ganz klar sagten, alle wollten sich vom Berliner Kuchen ein Stück abschneiden. Und es sei reichlich Portokasse vorhanden. Widerstand in der Bevölkerung (Mieter*innen) werde wahrgenommen und gefürchtet, sobald er öffentlich werde. Hier seien die betroffenen Häuser und die sie unterstützenden Initiativen mehr denn je gefragt. Selbst kleine Erfolge zeigten ihre Wirkung und bewegten in der Summe etwas. Insofern sei auch der Mieten-VE mit dem, was er "immerhin" erreicht habe, als Motivation für die Häuser und Initiativen, wie den RTgG, anzusehen.

In der anschließenden Diskussion geht es den Teilnehmenden um Fragen die mit der Qualität der städtischen Bebauung, der Berliner Mischung und Entwicklungsperspektiven (Wohnen, Arbeiten, Freizeit) zu tun haben. Im Hinblick auf das Erfordernis von Neubau wird ergebnisoffen über die geltende Traufhöhe in Berlin, die Vision von Bauen mit Grün statt gegen Grün und die Belegung der Straßen als Gewerbestandorte diskutiert.

3. Mieten-Volksentscheid

Ewald Z. teilt mit, am Dienstag, 29. September 2015, habe sich der RTgG bei einem Sondertreffen mit dem im Abgeordnetenhaus von Berlin unter der Drucksachenummer 17/2464 eingebrachten und am 24. September 2015 in erster Lesung beratenen „Berliner Wohnraumversorgungsgesetz“ befasst. Er sei dabei in seinen wesentlichen Bestandteilen analysiert und mit dem GE des Mieten-VE verglichen worden. Aufgrund der komplexen

Materie und den unterschiedlichen Auffassungen, sei davon abgesehen worden, eine gemeinsame Position dazu zu erarbeiten. Es sei darüber hinaus am 2. Oktober 2015 ein vom Mieten-VE veranstaltetes Treffen zur Befassung mit dem Thema wahrgenommen worden.

Beim Mietenpolitischen Forum der Linkspartei am 3. Oktober 2015 (letztes Panel um 14:30 Uhr) sei der RTgG durch ihn auf dem Podium vertreten gewesen. Es sei dabei über das Thema „Mieten-VE - Was soll sein?“ diskutiert worden und er habe die Ausrichtung des RTgG mit seinem breiten Themenfeld beworben. Initiativen wie der RTgG müssten weiterhin ergänzend zum Mieten-VE oder unabhängig von ihm wohnungs- und mietenpolitische Themen in die Öffentlichkeit tragen und Unterstützung anbieten.

4. Verschiedenes

Die Anwesenden nehmen die mit dem Versand der Einladung durchgegebenen Termine zur Kenntnis und stellen die (individuelle) Teilnahme anheim. Besonders zu empfehlen, so einige Teilnehmer, sei die Ausstellung „Kämpfende Hütten“, die noch bis Sonntag, 18. Oktober 2015, im Bethanien (Südflügel) in Kreuzberg gezeigt werde.

Nächster RTgG ist am Dienstag, 10. November 2015, 19:00 Uhr, Café Sahara City